



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 24. September 2013

P131144

Erdbebenversicherung: Vorschläge für eine Regelung; Einladung zur Konsultation

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Finanzdepartement.

Begründung

Die Vorlage behandelt die Motion Fournier (11.3511). Diese verlangt vom Bundesrat, „in der gesamten Schweiz eine obligatorische Versicherung von Gebäuden gegen Schäden, die durch Erdbeben verursacht werden, zu veranlassen. Die Elementarschadenversicherung ist in diesem Sinne zu ergänzen, und die Prämie soll in der gesamten Schweiz einheitlich sein.“ Unter Federführung des Eidgenössischen Finanzdepartements wurde mittlerweile im Rahmen einer breit abgestützten Projektorganisation, mitumfassend die kantonalen Gebäudeversicherer, die Privatversicherungen, den Hauseigentümerverband, die FINMA, das Bundesamt für Umwelt und den Kanton Wallis, ein Bericht mit Lösungsvorschlägen für eine landesweite obligatorische Erdbebenversicherung ausgearbeitet.

Der Kanton Basel-Stadt erachtet eine gesamtschweizerische obligatorische Erdbebenversicherung als sinnvoll. Ohne Erdbebenversicherung gibt es keine geordnete Schadenbewältigung. Diese ist für den raschen Wiederaufbau und die Funktionsfähigkeit der Volkswirtschaft aber unabdingbar.

